

„Die Menschen haben Angst“

Was machen die Debatten zur Migrationspolitik mit den Betroffenen? – Die RNZ hat beim Arbeitskreis Asyl nachgefragt

Weinheim. (cis) Eine hitzige Debatte, gegenseitige Schuldzuweisungen und eine Mehrheit, auch dank der Stimmen der AfD-Fraktion. Der Ausgang der Abstimmung über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion zur Verschärfung der Migrationspolitik im Bundestag sorgte am Mittwoch für Jubel wie Empörung. Der Blick geht seitdem immer wieder nach Berlin. Doch was macht die Debatte mit den Menschen, um die es geht?

Gert Kautt vom Arbeitskreis (AK) Asyl muss bei dieser Frage nicht lange nach einer Antwort suchen. „Da kommt Angst auf“, sagt er. Und Fragen. „Was passiert in Deutschland? Was passiert mit uns?“, formuliert Kautt in Vertretung für diejenigen, deren Stimme stumm ist. Die Fragen kommen von Erwachsenen. Sie kommen von Kindern. Neu sind sie nicht. Sie stehen schon länger wie ein Elefant im

Raum. Anfang 2024 deckte das Recherchenetzwerk Correctiv die Remigrationsideen der AfD auf. Schon damals fragten sich viele, ob sie von solchen Plänen im Falle des Falles betroffen wären. Doch statt Zustimmung herrschte Empörung auf Deutschlands Straßen.

Im Dezember 2024 begann sich die Situation zu ändern: Mit dem Fall des Assad-Regimes wurden die ersten Stimmen hinsichtlich einer Abschiebung der Geflüchteten aus Syrien laut. Betroffene haben laut Kautt bereits zu diesem Zeitpunkt gefragt, ob sie zurückmüssten.

Wäre das tatsächlich eine Option? Kautt winkt ab. „Die Situation in Syrien ist furchtbar“, verweist er auf eine akute Bedrohungslage durch die neuen Machthaber. Diese betrifft nach ihm vorlie-

genden Informationen sowohl Christen als auch jene, die vor Ort – zum Teil gezwungenermaßen – mit dem Assad-Regime kooperierten. Seine Ausführungen decken sich mit Meldungen vom 27. Januar, als deutsche Medien von willkürlichen Hinrichtungen durch Verbündete der neuen Machthaber berichteten. Die Opfer: Beamte des früheren Regimes.

Dann kamen der 29. Januar und die Abstimmung zu einem härteren Migrationskurs. Seitdem hat sich die Angst vor Abschiebungen verschärft. Gerade jene, die schon lange in Deutschland sind, die die Sprache längst beherrschen, hätten die Inhalte der Anträge seitens der CDU/CSU-Fraktion sehr gut verstanden, sagt Gert Kautt. Für ihn ist die Abstimmung im Bundestag ein

„Bruch“. Einer, der sich nach seiner Vermutung auswirken wird auf die Ebene der Arbeit vor Ort, auf die Arbeit des AK Asyl.

Man werde es zukünftig schwerer haben, die Belange für die Geflüchteten durchzubringen, so Kautt. „Wir haben auch am Stammtisch mit den Ehrenamtlichen gesprochen und uns die Frage gestellt, wie wir mit unserer Arbeit weitermachen“, sagt er. Dabei geht es nicht nur um politische Rahmenbedingungen. Auch in der Stadtgesellschaft weht längst ein anderer Wind als noch zu jener Zeit, als man sich aus eben dieser Stadtgesellschaft heraus in Lützelsachsen für den Verbleib der jungen geflüchteten Männer in der Winzerhalle einsetzte, sie sogar liebevoll als „unsere Jungs“ bezeichnete.

Nach den jüngsten Debatten ist nicht davon auszugehen, dass sich der Wind noch mal dreht. Im Gegenteil.

Rückkehr ist für viele keine Option
